

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.09.2023

Inhalt

EWN

1 Brummen durch LNG-Bauarbeiten: Ämter fühlen sich nicht zuständig <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 14.09.2023</i>	3
2 Habeck verteidigt LNG-Terminal Mukran <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.09.2023</i>	5
3 Studenten-Projekt: Wie betreibe ich eine Kernfusionsanlage? <i>heise.de, 13.09.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 14.09.2023 | S. 10

📄 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

👤 Anne Ziebarth und Gerit Herold

LÄRMBELÄSTIGUNG AUF OSTSEE-INSEL

Brummen durch LNG-Bauarbeiten: Ämter fühlen sich nicht zuständig

Am Wochenende waren die Bauarbeiten vor Lubmin auch auf Rügen zu hören.

Es brummt auf der Insel - und das liegt nicht nur an den Touristen, die Rügen in der Nachsaison besuchen. Es brummt auch am Strand: Immer wieder klagen Hoteliers über die Lärmbelästigung an der Bäderküste durch die LNG-Tanker und Shuttleschiffe, die vor Rügen liegen.

Auch aktuell war am Wochenende an den Stränden von Sellin, Baabe, Göhren und Thiessow ein dumpfes Brummen und Wummern zu hören - bei sonnigem und windstillem Wetter. Immer wieder blickten Badegäste neugierig oder beunruhigt über die spiegelglatte Ostsee zu den LNG-Schiffen am Horizont. Grund für den Lärm sind vermutlich die Arbeiten auf dem Verlegeschiff „Castoro 10“, welches nach Baggerarbeiten am Montag mit dem Pipelinebau vor Lubmin begonnen hat. Anwohner in Lubmin hatten sich bereits beschwert, jetzt gab es auch auf Rügen Stress.

Bernd Elgeti, der mit seiner Frau in Göhren eine Pension betreibt, beklagt, dass es schon seit länger Zeit zu Lärmbelästigungen vom Bodden her komme. Am Montag seien diese nun verstärkt aufgetreten. Mitten in der Nacht platzte ihm schließlich der Kragen. Der CDU-Gemeindevertreter und Sprecher der Bürgerinitiative Lebenswertes Göhren erstattete gegen 23.30 Uhr wegen ruhestörenden Lärms Anzeige bei der Polizei mit der Bitte, gegen den Verursacher unverzüglich vorzugehen und eine weitere Lärmbelästigung nach 22 Uhr zu unterbinden. „Die Urlauber in unserer Pension drohen mit Abreise. Uns entsteht durch diese Lärmbelästigung möglicherweise ein finanzieller Schaden“, sagt Elgeti, der dies auch an den Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterleiten will.

Auch in Binz kennt man das Problem - hier ist es in der Vergangenheit ebenfalls zu zahlreichen Anzeigen bei der Polizei gekommen, unter anderem vom Grand Hotel im Mai. Die Geräuschbelästigung wur-

de damals dem LNG-Schiff „Seapeak Bahrein“ zugeschrieben. „Sobald ein Schiff dicht an der Insel liegt, gibt es diese Geräusche“, sagt Hoteldirektor Robert Jagst. „Bei Südwestwind ist dieses Brummen nicht zu hören, sonst permanent.“ Das wiederum ist kurios - denn die Schiffe liegen westlich der Küste. Manch einer hat sich allerdings in der Lärmquelle bereits getäuscht. Eine Anwohnerin aus Binz, die über massive und lang anhaltende Lärmprobleme durch LNG-Schiffe klagte, ging der Spur nächstens nach, und fand als Geräuschquelle die laut lärmende Lüftungsanlage eines großen Hotels in der Proraer Straße.

Doch wer überprüft eigentlich, welchen Lärm die Schiffe machen, und wer ist überhaupt zuständig? Diese Frage scheint unter den Ämtern nicht final geklärt zu sein, wie mehrere Anfragen der OZ ergaben. Das Umweltministerium ist „zwar oberste Immissionsschutzbehörde des Landes, die LNG-Tanker vor der Küste Rügens sind aber keine Anlagen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes“, heißt es vom Ministerium. „Die wartenden LNG-Tanker haben ihren Aufenthaltsraum durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Ostsee zugewiesen bekommen. Nach hier vorliegenden Informationen ist die Problematik dort bereits bekannt und es wird nach Lösungen gesucht.“

Ernüchterung nach der Antwort vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Ostsee: „Die Umsetzung der Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes fällt in die Verwaltungskompetenz der Länder und Kommunen. Die WSV ist hier nicht zuständig.“ In der Gemeinde Binz kennt man das Dilemma. „Unsere Anzeigen gehen in der Regel an die Polizei“, heißt es vom Eigenbetrieb Binzer Bucht. „Jedoch gibt es unter den Behörden viele Querverweise auf die Zuständigkeiten, die sich bislang nicht zufriedenstellend auflösen lassen.“

Auch beim Landkreis Vorpommern-Rügen, der un-

teren Immissionsschutzbehörde, winkt man ab. „Die bzw. der LNG-Tanker, um dessen Lärmemissionen es geht, liegt nicht auf dem Territorium des Landkreises“, heißt es. Die OZ fragt beim Bundesumweltamt nach. „Zu dem angesprochenen Problem liegen uns keine Informationen vor“, lautet die wenig überraschende Antwort. „Wir regen an, dass Sie sich an das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) wenden.“ Dieses Amt vermutet wiederum, dass es eher um den Lärmschutz der Bevölkerung an Land geht. „Nach unserer Recherche müsste der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen als untere Immissionsschutzbehörde für die aufgeworfenen Fragen zuständig sein.“ Aha!

Der Pipelinebauer Gascade hat nach eigenen Angaben

auf die Beschwerden über die Lärmbelästigung durch das Verlegeschiff „Castoro 10“ im Zusammenhang mit der vom Bund in Auftrag gegebenen LNG-Pipeline von Mukran nach Lubmin reagiert. Um die Beeinträchtigungen durch die Arbeiten an Bord des Schiffes zu minimieren, habe man in einem ersten Schritt die „Castoro 10“ nachts von der Küste weggezogen, heißt es in einem Bericht des NDR. So soll weniger Lärm an Land dringen. Außerdem habe man Motoren abgestellt, die nicht zwingend benötigt werden.

Zitat-Text:

„Die Urlauber in unserer Pension drohen mit Abreise. Uns entsteht durch diese Lärmbelästigung möglicherweise ein finanzieller Schaden“ - Bernd Elgeti, Pension Kastanienhof in Göhren

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.09.2023 | S. 15

📄 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

👤 Helmut Reuter

Habeck verteidigt LNG-Terminal Mukran

Bundeswirtschaftsminister war Gast einer Wirtschaftskonferenz in Rostock

Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat das geplante LNG-Terminal auf Rügen gegen die teils scharfe Kritik auf der Insel verteidigt. „Unter dem Strich geht es um ein Projekt, das Bestandteil der nationalen Energiesicherheitsstrategie ist“, sagte Habeck am Mittwoch am Rande der Jahrestagung „Regionale Transformation Gestalten“ in Rostock.

Mukran sei ein großer Hafen, wo im Grundsatz Industrie eigentlich hingehöre. „Insoweit ist es von den schwierigen Alternativen sicherlich die beste, die wir gefunden haben.“ Auch wenn bei der Gasversorgung die Notlage gebannt sei, sei sie nicht überwunden. Es sei falsch und fahrlässig zu behaupten, das Terminal sei nicht notwendig, da keine Notlage mehr befürchtet werden müsse. Er hoffe, dass es bei dem Projekt

über das „Wie“ zu einer Befriedung komme. „Das Ob kann ich nicht in Frage stellen“, sagte Habeck. „Das ist ein wichtiges Projekt, und wir werben, und im gewissen Sinne kämpfen wir auch politisch dafür, dass es realisiert wird.“

Nach Plänen des Bundes soll das Terminal in Mukran im Norden Rügens noch im kommenden Winter betriebsbereit sein. Nach Auffassung der Bundesregierung ist das Terminal wichtig für die Sicherheit der Energieversorgung auch im Falle eines kalten Winters oder falls andere Lieferwege ausfallen sollten. Kritiker sprechen hingegen von nicht benötigten Überkapazitäten und fürchten um die Umwelt Rügens und den für die Insel wichtigen Tourismus.

 heise.de | 13.09.2023

 Jennifer Lepies

 WEBLINK

Studenten-Projekt: Wie betreibe ich eine Kernfusionsanlage?

Erstmals nach den Plänen und Ideen von Studenten soll in Sydney eine Tokamak-Anlage entstehen. Auch den Betrieb sollen sie übernehmen.

Die einen Studenten verwalten Studentenwohnheime, die anderen eine Kernfusionsanlage. Letzteres ist jedenfalls der Plan für Studenten der University of New South Wales (UNSW) in Sydney. Auf dem dortigen Hauptcampus soll ein kleiner Tokamak entstehen, der von Studenten verschiedener Studienrichtungen entworfen, gebaut und verwaltet wird. Das Ziel ist es, die Anlage innerhalb von zwei bis drei Jahren in Betrieb zu nehmen – allerdings ohne tatsächlich eine Fusionsreaktion auszulösen.

Der geplante Tokamak soll vor allem zweierlei Zwecken dienen: einem technischen und einem gesellschaftlichen. So geht es zum einen darum, bei der etwa einem Meter mal einem Meter messenden, donutförmigen Anlage im kleinen Maßstab besser zu verstehen, wie das mehrere Millionen Grad heiße Wasserstoff-Plasma in den Vakuumkammern aufrechterhalten werden kann, ohne Schäden an den Wänden zu verursachen – eine Hürde, die weltweit Forscherinnen und Forscher in experimentellen Anlagen meistern wollen.

Die zweite Absicht hinter dem Studierenden-Tokamak ist es, die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Fusionstechnologie in der Öffentlichkeit zu analysieren. Es gehe darum herauszufinden, "wie wir am besten mit der Gesellschaft zusammenarbeiten können, um den Nutzen, den diese Technologie bringen könnte, zu vermitteln", erklärt der Nuklearingenieur Patrick Barr, der das Projekt leitet. Somit kommt das Projekt doch nicht ganz ohne Experten aus. Barr ist Lehrender an der UNSW und erforscht, welchen Degradationsmechanismen Kernmaterialien ausgesetzt

sind.

Studenten in anspruchsvolle Projekte einbinden

Mit seinem Ansatz ist das Tokamak-Projekt Teil des VIP-Programms (Vertically Integrated Projects) der Universität. Es soll Studenten und Doktoranden in anspruchsvolle, langfristige und multidisziplinäre Projekte unter der Leitung von UNSW-Akademikern einbinden. Das Programm wird vom UNSW Digital Grid Future Institute und den Industriepartnern Tokamak Energy (das britische Start-up arbeitet seinerseits an kleinen, kompakten Tokamaks und will in Großbritannien "in den 2030ern" Energie aus der Fusion liefern) und HB-11 Energy (ein australisches Start-up, das an der Bor-Protonen-Laserfusion arbeitet) unterstützt. "Wir wollen die nächste Generation von Innovatoren begeistern und ihnen zeigen, wie sie die Welt verändern können", sagt Barr.

Auf der Kernfusion liegt eine große Hoffnung für die Energieversorgung. Allerdings ist die praktische Nutzung der Energie noch fern, auch wenn es im privaten Sektor bereits rund 30 Unternehmen gibt, die von Investoren mit Finanzmitteln in Milliardenhöhe bedacht werden. Auch Deutschland setzt auf Fusionsforschung. Das Bundesforschungsministerium hat erst kürzlich die Fördermittel für diesen Forschungsbereich auf eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2028 erhöht. Gefördert werden sollen Projekte aus der Laserfusion, die jüngst Fortschritte gemacht hat, aber auch aus der Magnetfusion, wonach Tokamak-Anlagen, wie jene geplante an der UNSW in Australien, funktionieren.